

26.07.2022

Zentralstelle
Telefon +49 711/22572-34
zentralstelle@gemeindetag-bw.de

Kommunen fordern Verlängerung der Flexibilisierungsmöglichkeiten an Kitas

Der Maßnahmenkatalog des Kultusministeriums für das nächste Kindergartenjahr soll in dieser Woche vorgestellt werden. Hierzu erklärt der Präsident des Gemeindetags Baden-Württemberg, Steffen Jäger:

„Das frühkindliche Bildungssystem steuert auf einen Kollaps zu. Die Kitas leiden an einem bereits dramatischen Fachkräftemangel. In hunderten von Kommunen wurden bereits Öffnungszeiten reduziert oder sogar Gruppen geschlossen. Es ist deshalb richtig, dass das Kultusministerium sich mit einem Maßnahmenpaket beschäftigt, um diese Mangelsituation zu überwinden. Es ist aus unserer Sicht dringend erforderlich, die bis zum 31. August geltenden Flexibilisierungsmöglichkeiten zum Mindestpersonalschlüssel und zur Gruppengröße zu verlängern und zu vereinfachen. Im Namen der Städte und Gemeinden weisen wir darauf seit Monaten hin.“

Wenn das Kultusministerium sich gegen eine Verlängerung der zentralen Flexibilisierungsmöglichkeiten entscheidet, dann trägt das Land die Verantwortung dafür, wenn viele tausend Kinder keinen Kita-Platz bekommen. Die Kommunen können das nicht lösen.“

Jäger betont: „Wir verkennen dabei in keiner Weise, welche Erschwernisse dies für den Kitaalltag und damit für die Fachkräfte und die Kinder in der Einrichtung bedeuten kann. Die Folgen für die Kinder, die keine adäquate Betreuung erfahren würden, wären unseres Erachtens aber noch gravierender.“

In der Gesamtdiskussion dürfe, so der Gemeindetagspräsident, auch nicht außer Acht gelassen werden, dass in den zurückliegenden 15 Jahren die Zahl der Fachkräfte in den baden-württembergischen Kitas mehr als verdoppelt, die Mindestpersonalstandards mehrfach erhöht und die Qualitätsstandards erheblich verbessert wurden.

„Auch die Attraktivität des Berufsbilds einer pädagogischen Fachkraft wurde– nicht zuletzt auch in Sondertarifabschlüssen im TVöD – vielfach aufgewertet. Der Mangel ist also nicht dadurch begründet, dass die seitens der Träger angebotenen Rahmenbedingungen unattraktiv wären. Dies belegt seit Jahren auch der bundesweite Vergleich der Qualitätsstandards in der frühkindlichen Bildung“, so der Gemeindetagspräsident.